



**Jahresbericht 2004  
über die Arbeit der Zentralschweizer Fachgruppe Integration**

Verfasst durch Helen Gawrysz, Präsidentin der Zentralschweizer Fachgruppe Integration ZFI

Schwyz, 16. Februar 2004

**Inhaltsverzeichnis:**

1. Vorgeschichte	1
2. Konstituierung der Fachgruppe	2
3. Prioritätensetzung	3
3.1. Erarbeitung des ZFI Statuts	3
3.2. Vermittlerdienste für Dolmetscherinnen und Dolmetscher	3
3.3. Informationsblatt / Internetangebot	4
3.4. Weitere Aufgaben	4
4. Zentralschweizer Integrationspolitik	5
5. Projektgesuche	6
6. Zusammenarbeit mit der Hochschule für Soziale Arbeit Luzern (HSA)	6

---

**1. Vorgeschichte**

Im Herbst 2003 beschloss der Ausschuss der Zentralschweizer Regierungskonferenz (ZRK) das sistierte Projekt Integrationspolitik wieder aufzunehmen und eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern und Vertreterinnen der Mitgliedskantone, einzusetzen. Die Gruppe hatte den Auftrag, zu Händen der ZRK einen Bericht über die Aufgaben der Kantone in der Integrationspolitik, den Bestand der Integrationsmassnahmen in der Zentralschweiz und die Möglichkeiten und Grenzen einer gemeinsamen und/oder koordinierten Integrationspolitik zu erstellen. Zudem sollten Empfehlungen für das weitere Vorgehen erarbeitet werden.

Alle Mitgliedskantone der ZRK folgten dem Aufruf des Ausschusses und entsandten eine Vertretung in die neue Arbeitsgruppe. Deren personelle Zusammensetzung zeigt, dass Integrationsfragen in den Kantonen durch unterschiedliche Departemente behandelt werden, wurde sie doch durch die Vorsteherin des Sozial-

amtes des Kantons Nidwalden, den Amtsleiter des kantonalen Sozialamtes Zug, den Leiter des Amtes für Arbeit des Kantons Obwalden, einen Mitarbeiter des Amtes für Volksschulen des Kantons Uri sowie die Integrationsverantwortlichen der Kantone Luzern und Schwyz gebildet.

Am 19. März 2004 verabschiedete die Arbeitsgruppe ihren Bericht zu Händen der ZRK. Der Bericht listet auf, welche Integrationsmassnahmen in den Zentralschweizer Kantonen bereits realisiert wurden und zählt detailliert zahlreiche Felder möglicher Zusammenarbeit auf. Zum Beispiel werden im Bericht gemeinsame Sensibilisierungskampagnen oder die Regionalisierung von Integrationsprojekten erwähnt.

In ihrer Sitzung vom 28. Mai 2004 nahm die ZRK den Bericht der Arbeitsgruppe vom 19. März 2004 zur Kenntnis. Sie entschied, den einzelnen Kantonsregierungen zu beantragen, gemeinsame Schritte zur Förderung der Integration der ausländischen Wohnbevölkerung zu unternehmen und unterstützte folgende Anträge der Fachgruppe:

#### Kantonale Ansprechstellen für Integrationsfragen

Im Entwurf für ein neues Ausländergesetz (AuG) Art. 56 werden die Kantone aufgefordert, Ansprechstellen für Integrationsfragen zu bestimmen. Die parlamentarischen Beratungen der Revision des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer vom 26. März 1931 (SR 142.20) sind im Moment noch nicht abgeschlossen. In den bisherigen Beratungen war jedoch kaum bestritten, dass Integration als Aufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden im Gesetz verankert werden soll und die Schaffung von kantonalen Ansprechstellen vorgesehen wird (Entwurf AuG Art. 51 bis 56). Dadurch, dass in der Zentralschweiz diese Ansprechstellen schon vor Inkrafttreten des Gesetzes geschaffen und vernetzt werden, sollte die Zusammenarbeit in der Umsetzung der Bundesgesetzgebung von Anfang an gefördert werden.

#### Einsetzung einer Zentralschweizer Fachgruppe Integration

Um die Zusammenarbeit im Integrationsbereich zu konkretisieren, schlug die ZRK vor, dass die jeweiligen Verantwortlichen für die Ansprechstellen eine Zentralschweizer Fachgruppe Integration (ZFI) bilden. Solche Fachgruppen bestehen bereits für die Zentralschweizer Sozialamtsvorsteher (ZFS) oder die Zentralschweizer Gesundheitsamtsvorsteher bzw. Departementsekretäre der Gesundheitsdirektionen (ZFG). Die neue Fachgruppe Integration ZFI sollte direkt dem ZRK-Ausschuss zugeordnet werden.

Die Gruppe erhielt den Auftrag, zu Händen der Kantonsregierungen Statuten und Pflichtenheft mit Leistungsauftrag für die Fachgruppe zu erarbeiten. Sie soll gestützt auf die Gesetzgebung der Kantone und des Bundes sowie auf die bestehenden kantonalen Leitbilder gemeinsame Grundlinien einer Zentralschweizer Integrationspolitik entwerfen. Zudem sollen Muster-Stellenprofile und Muster-Pflichtenhefte für die kantonalen Ansprechstellen erarbeitet werden. Als Prüfung konkreter Möglichkeiten der Zusammenarbeit sollen zu den drei Themenbereichen, Vermittlungsstellen für Übersetzer und Übersetzerinnen, gegenseitiger Leistungseinkauf und gemeinsame Informationspolitik, je ein Bericht und Antrag zu Händen der Kantonsregierungen verfasst werden.

#### Berücksichtigung der Zusammenarbeit bei der Vergabe neuer Leistungsaufträge

Die ZRK fordert die Kantone zudem auf, bei ihren eigenen Integrationstätigkeiten die Zentralschweizer Zusammenarbeit zu berücksichtigen. Insbesondere bei der Auslagerung von Aufgaben an Dritte seien diese anzuhalten, die Kooperation auf Zentralschweizer Ebene zu suchen.

## **2. Konstituierung der Fachgruppe**

Mit einer Ausnahme folgten die Regierungen der Zentralschweizer Kantone den Vorschlägen der ZRK. Der Regierungsrat des Kantons Obwalden beschloss am 22. Juni 2004, aus Spargründen auf eine Teilnahme an der Fachgruppe zu verzichten. Der Regierungsrat des Kantons Schwyz entschied ebenfalls am 22. Juni 2004 eine Mitarbeiterin im Amt für Gesundheit und Soziales als Ansprechstelle für Integrationsfra-

gen zu bezeichnen, bis die Aufgaben und Kompetenzen durch das neue Ausländergesetz genauer definiert werden und delegierte sie in die Fachgruppe. Der Regierungsrat des Kantons Luzern beschloss am 29. Juni 2004 die Koordinationsstelle für Integrationsfragen, die bereits seit dem 1. Januar 2001 im Kanton tätig ist, in die Fachgruppe zu entsenden. Der Kanton Uri bestimmte am 29. Juni 2004 eine Mitarbeiterin des Amtes für Volksschulen als Ansprechstelle für Integrationsfragen und beauftragte sie, den Kanton in der Fachgruppe zu vertreten. Am 6. Juli 2004 fasste der Regierungsrat des Kantons Zug den Beschluss, die Leiterin der Fachstelle für Integrationsfragen der Caritas Schweiz als Ansprechstelle zu benennen und in die Arbeitsgruppe zu entsenden. Der Regierungsrat des Kantons Nidwalden bezeichnete am 6. Juli 2004 den Vorsteher des kantonalen Sozialamtes als provisorische Ansprechstelle und beauftragte ihn, in der Arbeitsgruppe mitzuwirken.

Mit Brief vom 17. Dezember 2004 teilte das Volkswirtschaftsdepartement des Kantons Obwalden mit, dass das Kantonsparlament dem Antrag des Regierungsrates, die Koordinations- und Kontaktstelle für Integrationsfragen aus dem Budget zu streichen, nicht gefolgt war. Auch der Kanton Obwalden wird deshalb in Zukunft in der Fachgruppe mitwirken. Als zuständige Person wurde der Leiter der Abteilung Migration bezeichnet.

Die Fachgruppe konstituierte sich an ihrer Sitzung vom 19. August 2004. Die Mitglieder wählten Helen Gawrysz, Amt für Gesundheit und Soziales Kanton Schwyz, zur ersten Präsidentin und Hansjörg Vogel, Leiter der Koordinationsstelle für Ausländerfragen und Integration, Kanton Luzern, zum Stellvertreter.

Zudem kam man überein, dass auch die Integrationsdelegierten der Städte und Gemeinden in der Zentralschweiz eine Möglichkeit haben sollten, eine Vertretung zu den Sitzungen der Fachgruppe zu entsenden. Da bisher nur die Stadt Luzern die Stelle einer Integrationsbeauftragten geschaffen hat, sollte die Stelleninhaberin zu den Sitzungen eingeladen werden.

### **3. Prioritätensetzung**

Um ihre Arbeit zu strukturieren und die Erfüllung der Aufgaben den Ressourcen der Mitglieder anzupassen, setzte sich die Fachgruppe folgende Prioritäten:

#### **3.1. Erarbeitung des ZFI Statuts**

Der von einer Untergruppe erarbeitete Entwurf für ein ZFI Statut wurde in der ersten Sitzung der Arbeitsgruppe am 5. November 2004 diskutiert. Die definitive Fassung wird anfangs des Jahres 2005 dem ZRK-Ausschuss vorgelegt.

#### **3.2. Vermittlerdienste für Dolmetscherinnen und Dolmetscher**

Da bereits in einigen Kantonen Vermittlungsdienste für Dolmetscherinnen und Dolmetscher existieren oder im Aufbau begriffen sind und die Eidgenössische Ausländerkommission (EKA) Gelder für den Aufbau von neuen Stellen zur Verfügung stellen will, sollte die Koordination dieses Angebotes rasch vorgenommen werden. Aus den Kantonen Luzern, Schwyz und Zug haben Fachstellen bereits bei der EKA ihr Interesse bekundet, Vermittlungsdienste für Dolmetscherinnen auf- oder auszubauen. Im Kanton Luzern sind Fabia und Caritas Luzern bereits als Vermittlungsstellen tätig, Fabia hat zudem auch einen entsprechenden Leistungsauftrag mit dem Kanton Nidwalden. Caritas Luzern ist bereits überregional tätig, hat sie doch zum Beispiel einen Leistungsauftrag mit der psychiatrischen Klinik Oberwil abgeschlossen. Der Kanton Luzern wünscht, dass die Stellen ihre Zusammenarbeit ausbauen und nur noch eine Stelle Dolmetscherinnen und Dolmetscher vermittelt. Die Ausländerberatungsstelle des Kantons Schwyz möchte ebenfalls ein Angebot aufbauen, der Kanton ist aber zurückhaltend, weil er den Bedarf nur ungenügend ausgewiesen sieht. Im Kanton Zug existieren verschiedene Dolmetscherlisten. Eine Stelle möchte sich zusätzlich in

diesem Bereich spezialisieren. Im Kanton Uri sind keine Bestrebungen zum Aufbau einer Fachstelle im Gange.

Nach wie vor finden es die Mitglieder der ZFI wichtig, dass in der Zentralschweiz sehr gut ausgebildete und begleitete Dolmetscherinnen und Dolmetscher effizient und rasch vermittelt werden können. Es wird aber noch weitere Abklärungen bedürfen, um dieses Anliegen zu konkretisieren. Insbesondere wird auch zu klären sein, wie die Abgeltung der Vermittlung gestaltet werden kann. Die ZFI hofft, im Laufe des Jahres 2005 den Regierungen einen Vorgehensvorschlag unterbreiten zu können.

### **3.3. Informationsblatt / Internetangebot**

Um den Willen der Zentralschweizer Regierungen zur vermehrten Zusammenarbeit im Integrationsbereich auch nach aussen zu dokumentieren, ist es wichtig, dass eine gemeinsame Informationsplattform (Internetangebot / Informationsblatt) zur Verfügung steht. Modell für eine solche Plattform könnte die Internetseite der Integrationsstellen aus beiden Basel sein [www.integration-bsbl.ch](http://www.integration-bsbl.ch). Welche Inhalte für die Zentralschweiz vermittelt werden sollen, wer Zielpublikum ist, in welcher Form die Website zu gestalten ist und wie sie stets aktualisiert werden kann, wird durch eine Arbeitsgruppe der ZFI noch weiter abgeklärt.

### **3.4. Weitere Aufgaben**

Durch den gegenseitigen Informations- und Erfahrungsaustausch in jeder Sitzung soll die Basis zu gemeinsamen Projekten gelegt, sollen Doppelspurigkeiten vermieden und der Integrationsarbeit im eigenen Kanton Impulse vermittelt werden.

Die Erstellung eines Stellenprofils für Ansprechstellen gemäss Art. 56 revAuG wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, um abzuwarten, welche Bundesvorgaben für solche Stellen vorgesehen werden.

Ebenfalls erst in einem zweiten Schritt sollte geklärt werden, wie die Zusammenarbeit im Sinne eines Leistungskaufes verbessert werden kann, da zunächst deutlicher werden soll, welche politischen Schwerpunkte die einzelnen Kantone in der Integrationsfrage setzen und ob gemeinsame Grundanliegen definiert werden können.

#### 4. Zentralschweizer Integrationspolitik

Um ihren Auftrag zu erfüllen, eine gemeinsame Integrationspolitik auf der Basis der kantonalen Grundlagen zu erarbeiten, fasste die Arbeitsgruppe zunächst wichtige Indikatoren für die Integrationspolitik in den Kantonen zusammen.

	Politische Ebene			Operative Ebene		
	Leitbild	Kommis- sion	Struktur der An- sprechstelle	Integrations- fachstelle	Ausländer- dienst (Beratung)	Angebote im Be- reich Schule
<b>Luzern</b>	ja	ja	Stabsstelle im Justiz- und Si- cherheitsdepar- tement	Fabia	Fabia	Leistungsauftrag an Fabia für Beratung
<b>Uri</b>	nein	nein	Teilpensum für Mitarbeiterin im Amt für Volks- schule	nein	nein	Förderangebote Kurse in heimatli- cher Sprache und Kultur (HSK)
<b>Schwyz</b>	Bericht in Erarbei- tung	nein	Teilpensum für Mitarbeiterin im Amt für Gesund- heit und Soziales	KomIn	KomIn (im Auftrag der Gemeinden)	Förderangebote Kurse in heimatli- cher Sprache und Kultur (HSK)
<b>Obwalden</b>	ja	nein	Teilpensum für Mitarbeiter im Amt für Arbeit, Migrati- on	nein	nein	Förderangebote Kurse in heimatli- cher Sprache und Kultur (HSK)
<b>Nidwal- den</b>	sistiert	nein	Teilpensum für Leiter kantonales Sozialamt		Auftrag an Fabia	Förderangebote Kurse in heimatli- cher Sprache und Kultur (HSK)
<b>Zug</b>	nein	ja	Teil eines Leis- tungsauftrags für Caritas Schweiz	Caritas Schweiz Fachstelle für Integrati- onsfragen Zug	ja	Integrationsschule Förderangebote Kurse in heimatli- cher Sprache und Kultur (HSK)
<b>Stadt Luzern</b>	Bericht und Antrag	ja	Integrationsbe- auftragte in der Dienstabteilung Kultur		Leistungs- auftrag an Fabia	ja

Der Austausch unter den Mitgliedern der ZFI zeigte, dass der Stand der Diskussionen in den Kantonen unterschiedlich ist. Der Kanton Luzern verfügt seit dem Jahr 2000 über ein breit abgestütztes Leitbild. Im Kanton Obwalden wurde im Jahr 2001 ein Leitbild verabschiedet, die weitere Arbeit am Thema und die Mitgliedschaft in der ZFI aber zunächst abgelehnt. In Nidwalden wurde das laufende Projekt eines Integrationsleitbildes auf kantonaler Ebene vorläufig sistiert. Vorerst sollen die Ergebnisse der ZFI abgewartet werden. Auch im Kanton Zug erscheinen Leitbilddiskussionen teilweise mit Hinweis auf die Arbeit der ZFI zeitweilig blockiert. Im Kanton Schwyz hat der Regierungsrat einen Bericht zur Integration der Ausländerinnen und Ausländer im Kanton erstellen lassen, aber noch keinen definitiven Beschluss gefasst, ob ein Leitbild erarbeitet werden soll. Im Kanton Uri wurde das Thema bisher noch kaum politisch diskutiert. Im Rahmen der Revision der Ausländergesetzgebung des Bundes soll nun aber Integration als Aufgabe für Bund, Kantone und Gemeinden verankert werden. In dieser Situation sieht es die ZFI als wichtige Aufgabe an, Wege zu finden, Integration wieder als positiven Wert und Voraussetzung für ein gutes Zusammenleben in die politischen Diskussionen in den Kantonen einzubringen und konkrete Projekte zur Förderung der Integration in der Zentralschweiz zu unterstützen.

## **5. Projektgesuche**

Ein kurzfristiger Koordinationsbedarf ergab sich durch ein Gesuch des Hilfswerks der Evangelischen Kirchen Schweiz (HEKS), das um Finanzbeiträge für ein Staatskundelehrmittel für Migrantinnen und Migranten bat. Da ausser im Kanton Zug und im Kanton Luzern in den meisten Zentralschweizer Kantonen im Budget keine festen Beiträge für Integrationsprojekte festgesetzt sind oder Fonds bestehen, beschloss die Arbeitsgruppe, auf ein gemeinsames Vorgehen zu verzichten und sich auf eine fachliche Empfehlung des Projektes an die Kantone zu beschränken. Die Kantone Zug, Uri, Schwyz und Luzern unterstützten daraufhin das Projekt, im Kanton Nidwalden ist der Entscheid noch ausstehend.

## **6. Zusammenarbeit mit der Hochschule für Soziale Arbeit Luzern (HSA)**

Die Hochschule für Soziale Arbeit (HSA) wandte sich an die ZFI, um abzuklären, ob die Zentralschweizer Kantone Interesse daran haben, dass die HSA eine Supportstelle für Integrationsfragen einrichtet. Diese könnte zum Beispiel Grundlagenarbeit und wissenschaftliche Vertiefung im Thema leisten, Forschung betreiben und den Austausch von Lehre und Praxis sicherstellen.

Die ZFI-Mitglieder schätzten angesichts der knappen finanziellen Mittel die Chancen als eher gering ein, dass die Zentralschweizer Kantone im Moment die HSA beauftragen würden, eine eigene spezielle Stelle für Integrationsfragen zu schaffen. Eine punktuelle Zusammenarbeit aber ist aus Sicht der ZFI durchaus begrüssenswert.

---